

---

Vorstoss-Nr: 154-2011  
Vorstossart: **Motion**  
Eingereicht am: 11.04.2011  
Eingereicht von: Gsteiger (Perrefitte, EVP) (Sprecher/ -in)  
Weitere Unterschriften: 0  
Dringlichkeit: Nein 09.06.2011  
Datum Beantwortung: 19.10.2011  
RRB-Nr: 1709/2011  
Direktion: POM

---

### Für eine interkantonale Jurabogenpolizei

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich aktiv an der Studie zu beteiligen, die unter dem neuen Kommandanten der jurassischen Kantonspolizei, Olivier Guéniat, durchgeführt wird und die die Schaffung einer interkantonalen Polizei im Jurabogen zum Ziel hat.

#### Begründung:

Die Staatsräte Charles Juillard (JU) und Jean Studer (NE) haben vor kurzem ein innovatives Projekt für eine Einheitspolizei im Jurabogen vorgestellt. Das Projekt wird von Olivier Guéniat, dem neuen jurassischen Polizeikommandanten geleitet.

Das Ziel ist gewagt und originell: die Schaffung einer neuen interkantonalen Sicherheitskraft, die effizienter und günstiger arbeitet.

Die Aufgaben der Polizei werden aufgrund der Kriminalitätsentwicklung und der Umsetzung des vereinheitlichten Strafprozessrechts immer spezialisierter. Auch die Aufgaben im Bereich Ordnungsdienst bei Grossveranstaltungen nehmen die Polizeikorps immer mehr in Anspruch.

Die im Berner Jura, in Biel und - für die zentralen Dienste - in Bern stationierten welschen Angehörigen der Berner Kantonspolizei befinden sich in einer besonderen Situation. Ihre Eingliederung in eine interkantonale Jurabogenpolizei verdient es, im Rahmen der Studie geprüft zu werden, die derzeit auf der Ebene der Kantone Neuenburg und Jura durchgeführt wird.

Die jurassischen, neuenburgischen und bernjurassischen Polizeiaspirantinnen und Polizeiaspiranten werden bereits heute gemeinsam in Colombier ausgebildet. Weitere Formen der Zusammenarbeit bestehen ebenfalls zwischen den einzelnen Polizeikorps. Das Synergiepotenzial ist riesig, und das Projekt drängt sich also praktisch auf.

Die bernischen Polizistinnen und Polizisten französischer Muttersprache haben bei der Ausübung ihrer Funktion oft mit sprachlichen Problemen zu kämpfen, namentlich wenn sie mit den in Bern zusammengefassten Fachdiensten der Gerichtspolizei, der Verkehrs- oder Umweltpolizei zusammenarbeiten müssen. Ihre Eingliederung in Ordnungsdienstkompanien, Seite an Seite mit ihren deutschsprachigen Kolleginnen und Kollegen, kann den Ab-



lauf von Einsätzen manchmal ebenfalls beeinträchtigen. Mit ihrer Eingliederung in eine interkantonale, welsche, bürgernahe Polizei könnten diese Schwierigkeiten sicherlich behoben werden.

Und schliesslich würde die Berner Kantonspolizei - und damit auch der Kanton Bern - in den Bereichen Personal, Übersetzungswesen, Fahrwege usw. Kosten einsparen. Für die Bevölkerung des Berner Juras und Welschbiels ergäbe sich dadurch sicherlich auch eine bessere Qualität bei den Dienstleistungen, insbesondere im Kontakt mit den jeweiligen Fachdiensten.

*Es wird Dringlichkeit verlangt.*

### **Antwort des Regierungsrates**

Der Motionär beabsichtigt, dass sich der Kanton Bern am Projekt zur Schaffung einer interkantonalen Polizei im Jurabogen beteiligt. Der Regierungsrat lehnt eine Beteiligung an diesem Projekt aus mehreren Gründen ab.

Die Kantonspolizei Bern hat seit der Inkraftsetzung der Polizeigesetzrevision vom 1. Januar 2008 mit dem Projekt Police Bern einen einmaligen Fusionsprozess gestartet. Bis zum 1. Januar 2010 hat die Kantonspolizei die Polizeiangehörigen von 16 kommunalen Korps aufgenommen (Deutschschweizer, Romands und Bilingues). Dadurch ist die Kantonspolizei beträchtlich gewachsen. Sie umfasst neu mehr als 2400 Mitarbeitende (2007 noch 1400 Mitarbeitende) und ist somit eines der grössten Polizeikorps der Schweiz. Ein Projekt mit diesen Ausmassen benötigt eine genügend lange Konsolidierungsphase, was grundsätzlich gegen das Starten eines neuen Fusionsprojekts spricht.

Was das vermeintliche Sprachenproblem der Kapo-Angehörigen im Gebiet des Berner Juras im Kontakt mit den zentralisierten Diensten anbelangt, unterliegt der Motionär einem Irrtum. Die zentralisierten Dienste der Kantonspolizei Bern verfügen alle auch über Angehörige, die entweder französischer Muttersprache sind oder sehr gut Französisch sprechen. Dies gilt auch für die Einsätze im Rahmen des Ordnungsdiensts. Der Kantonspolizei ist zudem kein Fall bekannt, wo das Nebeneinander von Französisch oder Deutsch sprechenden Mitarbeitenden zu einem Verständigungsproblem mit negativen Folgen für einen Einsatz geführt hätte. Gerade das Vorhandensein der Zweisprachigkeit im Ordnungsdienst ist bei Einsätzen in der Region Seeland / Berner Jura ein grosser Vorteil. Anlässlich von Sportveranstaltungen können zum Beispiel Fans aus beiden Sprachregionen von Angehörigen der Kantonspolizei angesprochen werden, was eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung der 3-D-Strategie (Dialog, Deeskalation, Durchgreifen) ist.

Die Kantonspolizei ist effizient und gut für alle Belange der Sicherheits-, Verkehrs- und Gerichtspolizei im Berner Jura aufgestellt. Sie kann dank reibungsloser Schnittstellen auf die Kenntnisse und Fähigkeiten der zentralisierten Spezialdienste der Kantonspolizei Bern sowie für besondere Lagen und Ereignisse auf die gesamten personellen und materiellen Ressourcen der Kantonspolizei zurückgreifen, was die 2400 Mitarbeitenden miteinschliesst. Mit der Schaffung einer Jurabogenpolizei würden die Spezialdienste der Kantonspolizei, unter anderem auch die Polizeigrenadiere oder der Kriminaltechnische Dienst, nicht mehr für Einsätze im fraglichen Gebiet zur Verfügung stehen. Der Berner Jura würde von einer interkantonalen Polizei bedient, die personalrechtlich und administrativ nicht mehr den Berner Behörden unterstellt wäre. Die Unterstützung durch die Polizeikräfte des Kantons Jura und Neuenburg wäre mit 129 respektive 441 Personen relativ gering. Es ist zudem bekannt, dass beide Korps unter stetigem Personalmangel leiden. Von der Schaffung einer Jurabogenpolizei würden somit in erster Linie diese Nachbarkantone profitieren.

Die Verantwortlichkeiten gemäss Polizeigesetz, wonach die Kantonspolizei den Gemeinden ihre Dienste vertraglich anbieten muss, wäre mit einer interjurassischen Polizei nicht mehr möglich. Die Vertragsgemeinden im Berner Jura müssten ihre Leistungen neu bei der interkantonalen Polizei einkaufen. Dadurch entstünde eine Ungleichbehandlung mit allen anderen Gemeinden im Kanton Bern, für welche weiterhin die Kantonspolizei für die Leistungserbringung zuständig wäre.

Das Projekt würde zudem die Situation in der Stadt Biel verschlechtern. Biel verlangt aufgrund seiner kulturellen Sonderstellung nach behördlichen Dienstleistungen aus einer Hand, die sowohl in französischer als auch in deutscher Sprache erbracht werden können. Die Vorstellung, dass die interkantonale Polizei und die Kantonspolizei Bern gleichzeitig auf dem Gebiet der Stadt Biel tätig wären, würde den Absichten des Projekts Police Bern diametral zuwider laufen. Das Projekt Police Bern hatte zum Ziel, nur noch einen polizeilichen Ansprechpartner im Kanton Bern zu schaffen. Der Einsatz von zwei Polizeikorps auf dem gleichen Gebiet unter unterschiedlicher Führung ist für den Regierungsrat undenkbar.

Es ist zutreffend, dass die Berner Polizistinnen und Polizisten französischer Muttersprache noch gemeinsam mit jenen der Kantone Neuenburg und Jura ausgebildet werden. Durch einen Zusammenschluss würde jedoch keine Effizienzsteigerung im Bereich der Ausbildung erfolgen. Im Gegenteil: Die Aspirantinnen und Aspiranten müssten für den Einsatz in allen drei Kantonen geschult werden. Sie müssten sich Wissen über die kantonalen Gesetze und Institutionen aller drei Kantone aneignen. Dadurch dürfte die Ausbildung länger und teurer werden.

Die Kostenersparnisse eines solchen Projekts sind insgesamt nicht nachvollziehbar, denn der Kanton Bern würde zweisprachig bleiben und auch die Gerichtsbarkeit würde nicht geteilt.

Die Frage nach einer Zusammenlegung der Polizei kann nicht losgelöst von der Frage nach der Zukunft des Berner Juras und des Kantons Jura angegangen werden. Die Beteiligung am Projekt zur Schaffung einer interkantonalen Polizei im Jurabogen würde als Präjudiz für das weitere Vorgehen in der Jurafrage gewertet werden. Der Regierungsrat hat sich immer für eine gesamtheitliche Betrachtung der Jurafrage eingesetzt. Eine Abkehr von dieser Politik würde zu Recht weder von der Bevölkerung im Berner Jura noch im restlichen Kanton verstanden.

**Antrag:** Ablehnung

**An den Grossen Rat**